

9. Von Taft-Hartley bis zur Gründung der NATO: Der CIO 1947-1949

Konservativer Angriff auf den New Deal: Der Taft-Hartley Act

Die *reconversion* verlief erfolgreicher und schneller als viele Ökonomen, Politiker und Gewerkschafter erwartet hatten. Weder kam es zu großer Arbeitslosigkeit noch zu einer Rezession. Die Arbeitslosenquote lag im August 1945, also zu einem Zeitpunkt, an dem die meisten Aufträge der Streitkräfte bereits storniert worden waren, bei 3,3% (2 Mio). Zum Vergleich: 1940 waren im Jahresdurchschnitt 14,6% (8,1 Mio) Arbeitslose gemeldet.²⁵⁷ Die Gewerkschaften hatten im großen und ganzen ihre Besitzstände verteidigen können. Die Mitgliedschaft blieb stabil bzw. wuchs sogar in den folgenden Jahren noch. Die Mehrheit der großen Arbeitgeber focht das Recht auf *collective bargaining* nicht mehr grundsätzlich an. Die Gewerkschaften hatten ein Maß an institutioneller Sicherheit erreicht wie nie zuvor in der amerikanischen Geschichte.

Doch die Gegner der organisierten Arbeitnehmerschaft formierten sich neu. Die Streikwelle der Jahre 1945 und 1946 und besonders die Intransigenz von John Lewis hatten in der Öffentlichkeit die Kräfte gestärkt, die der Ansicht waren, daß die Gewerkschaften zu viel Einfluß auf Gesellschaft und Politik hatten. Die Arbeitgeber und ihre Verbündeten im Kongreß stellten die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit als unverantwortliche, egoistische Interessengruppe dar, die dem Allgemeinwohl nicht verpflichtet sei.

Der Angriff der Arbeitgeber und ihrer Verbündeten im Kongreß richtete sich besonders gegen die Bestimmungen des *Wagner Act*. Die New Deal-

²⁵⁷ Zu den Gründen hierfür und zur *Reconversion* insgesamt vgl. die einzige bisher erschienene - sehr detaillierte und instruktive - Studie zu diesem Thema: Ballard, Jack Stokes: *The Shock of Peace. Military and Economic Demobilization after World War II*. U. Pr. of America, Washington D.C., 1983, bes. pp.123-141. Ballard bewertet die *Reconversion* als "major success" der Truman-Administration (p.140).

Gesetzgebung, so ihre Argumentation, habe den Gewerkschaften nicht etwa einen den Arbeitgebern gleichberechtigten Status eingeräumt, sondern ihnen zu viel Macht gegeben, so daß sie mittlerweile einen beherrschenden Einfluß auf die gesamte Wirtschaft hätten. Mit dem *Case Bill* hatten die Konservativen sich nicht gegen das Veto Trumans durchsetzen können. Mit einem nach den Wahlen 1946 sehr viel konservativeren Kongreß und einer Mehrheit aus Republikanern und konservativen Südstaaten-Demokraten sollte dies 1947 möglich sein.

Der Verabschiedung des *Taft-Hartley Act* im Juni 1947 ging eine stürmische öffentliche Auseinandersetzung voraus. Truman lehnte *Taft-Hartley* ebenso wie das *Case Bill* rundweg ab. Es solle in erster Linie die Gewerkschaften schwächen, werde Streiks nicht verhindern, sondern provozieren, und sei deswegen "bad for labor, bad for managment, bad for the country."²⁵⁸ Diesmal konnte sich Truman jedoch mit seinem Veto nicht durchsetzen. In beiden Häusern kam die notwendige Zweidrittel-Mehrheit zustande, was einen Eindruck vom Ausmaß der gewerkschaftskritischen Stimmung in der Öffentlichkeit vermittelt. Im Haus bekam *Taft-Hartley* 331 Stimmen, nur 83 Abgeordnete stimmten dagegen. Das waren 55 (!) Stimmen mehr, als für die Zweidrittel-Mehrheit benötigt wurden.²⁵⁹

Die Bestimmungen des *Taft-Hartley Act* betrafen direkt die institutionelle Sicherheit der Gewerkschaften. Der *closed shop* wurde verboten, vor der Einführung eines *union shop* in einem Betrieb mußte sich die Mehrheit der Arbeitnehmer in einer Abstimmung dafür aussprechen, und vor der Kündigung eines Tarifvertrags mußte eine Frist von 60 Tagen eingehalten werden. Der Präsident bekam das Recht, bei Streiks, die eine Gefährdung der nationalen Sicherheit darstellten (was zu entscheiden wiederum einer vom Präsidenten (!) eingesetzten Untersuchungskommission überlassen war), vor Gericht eine

²⁵⁸ Trumans *Veto-message* und die Reaktion des Kongresses in: Millis, Harry A. & Emily Clark Brown: *From the Wagner Act to Taft-Hartley. A Study of National Labor Policy and Labor Relations*. U. of Chicago Pr., Chicago & London, 1950, pp.389-391

²⁵⁹ ausführlich zur Vorgeschichte von Taft-Hartley und der Anti-Labor Gesetzgebung der Einzelstaaten: Millis/Brown: *Wagner Act* , pp.271-394

einstweilige Verfügung (*injunction*) zu erwirken, die einen Streik für 80 Tage aussetzte. Wenn es innerhalb dieser Frist nicht zu einer Einigung zwischen den Tarifparteien gekommen war, konnte der Präsident dem Kongreß eine Vorlage unterbreiten "with such recommendations as he may see fit for consideration and appropriate action" - eine weitreichende Formel. Führende Funktionäre mußten eidesstattlich erklären, daß sie nicht Mitglieder der Kommunistischen Partei waren, bevor ihre Gewerkschaften die Dienste des NLRB in Anspruch nehmen konnten - eine klare Verletzung der Meinungsfreiheit. Der folgenreichste Paragraph, *Section 14 (b)*, erlaubte es den Einzelstaaten, die Bundesgesetzgebung zu umgehen, und den *union shop* zu verbieten. Das öffnete den sogenannten "right-to-work-laws"²⁶⁰ die Tür und verhinderte im Effekt eine weitere gewerkschaftliche Erschließung besonders der Südstaaten. *Section 14 (b)* ist insofern das bedeutendste dauerhafte Vermächtnis von *Taft-Hartley*.²⁶¹

Das Gesetz zielte jedoch nicht nur auf die Verhandlungsposition der Gewerkschaften, sondern auch auf ihre Verankerung im politischen System. Sie durften in Zukunft kein Geld mehr für Wahlkampagnen spenden. Das war angesichts der Rolle, die der CIO in den Wahlkämpfen seit 1936 gespielt hatte, und überdies angesichts der Rolle, die die fortschrittlicheren unter den Demokraten für den Ausbau gewerkschaftlicher Rechte gespielt hatten, zunächst eine schwerwiegende Einschränkung des Handlungsspielraums des CIO. (Wie sich zeigen sollte, ließ sich diese Bestimmung jedoch relativ leicht umgehen, da das CIO-PAC in Zukunft als *de jure* vom CIO unabhängige Institution ausgegeben wurde.) An diesem Punkt sind die unmittelbaren Interessen von Administration und CIO eng verknüpft. Umso erstaunlicher ist es daher, daß dies bisher nirgends in der Sekundärliteratur zur Kenntnis genommen worden ist. Daß die Gegner der Gewerkschaften die politische Einbindung des CIO in Frage stellten, zeigt einmal mehr, daß der CIO integraler Bestandteil der New

²⁶⁰ Von amerikanischen Gewerkschaftern werden diese polemisch als "right-to-work-for-less-laws" bezeichnet. Bis heute sind in den meisten Südstaaten solche Gesetze in Kraft.

²⁶¹ Die Bestimmungen von Taft-Hartley en détail in: Millis/Brown: *Wagner Act*, pp.395-609. Konziser die Zusammenfassung in Dulles/Dubofsky, *Labor*, pp. 345-346

Deal-Koalition geworden war und auch, daß die Teilnahme am politischen Prozeß zur Erreichung gewerkschaftlicher Ziele nötig und erfolgreich war.

Trumans Veto und seine vehemente Opposition gegen *Taft-Hartley* markierten den Wendepunkt im Verhältnis der Sozialdemokraten innerhalb des CIO mit dem Präsidenten. Truman hatte trotz heftigen Gegenwindes aus Kongreß und Öffentlichkeit an dem aus der Sicht des CIO zentralen Teil der New Deal-Gesetzgebung festgehalten. Sein Widerstand gegen *Taft-Hartley* war eindeutig und nicht schwankend. Die Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes machte noch etwas anderes deutlich. In einem konservativeren und teils offener gewerkschaftsfeindlichen öffentlichen Klima war Harry S. Truman vielleicht nicht der gewerkschaftsfreundlichste Kandidat im Rennen, aber bei weitem der gewerkschaftsfreundlichste Kandidat, der unter Umständen eine Mehrheit erringen konnte.

Truman-Doktrin und Marshall-Plan

Anfang 1947 hatte sich in den USA ein überparteilicher (*bipartisan*) Konsens zwischen Demokraten und Republikanern zur Außenpolitik gebildet. Ein prominenter ehemaliger Isolationist, der republikanische Senator Vandenberg, war zum Partner der Truman-Administration im Kongreß geworden. Seine Reputation als ehemaliger Isolationist gab seiner Stimme bei den Konservativen auf dem Kapitol besonderes Gewicht. Gleichzeitig machte Truman General Georg C. Marshall zum Außenminister. Dessen hohes Ansehen bei Demokraten wie Republikanern trug weiter dazu bei, die Außenpolitik aus dem Streit der Parteien herauszunehmen.

Unterdessen schienen die internationalen Krisen kein Ende zu nehmen. Im Frühjahr bat Großbritannien die USA, die Militärhilfe für Griechenland und die Türkei zu übernehmen, da die Engländer selbst am Rande der Zahlungsunfähigkeit standen. In Griechenland führten kommunistische Partisanen einen Guerillakrieg gegen die Regierung, der von Tito unterstützt

wurde. Daß Stalin dies mit Mißtrauen beobachtete, war damals im Westen unbekannt, deshalb wurden die Feindseligkeiten der Sowjetunion angelastet. Es war klar, daß Griechenland ohne auswärtige Hilfe bald den Kommunisten in die Hände fallen würde, wodurch wiederum Auswirkungen auch auf Italien und Frankreich befürchtet wurden. Die Türkei wurde von der Sowjetunion mit diversen Gebietsansprüchen konfrontiert. Es schien unabdingbar, die berühmte Linie im Sand zu ziehen, wollte man nicht den gesamten östlichen Mittelmeerraum zur russischen Einflußsphäre werden lassen.

Da nach Ansicht von Senator Vandenberg der amerikanische Steuerzahler und somit auch der amerikanische Kongreß nicht leicht von der Notwendigkeit dieser zusätzlichen Ausgaben zu überzeugen sein würde, empfahl er Truman, das amerikanische Volk "zu Tode zu erschrecken" ("scare hell").²⁶² Dies gelang ihm. Es müsse, so der Präsident am 12. März 1947 vor dem Kongreß, die Politik der Vereinigten Staaten sein, "to support free peoples who are resisting attempted subjugation by armed minorities or outside pressures."²⁶³ Im Mai 1947 bewilligte das Parlament 400 Mio. \$ über 18 Monate für Griechenland und die Türkei.

Die Truman-Doktrin wurde bald darauf ergänzt durch den Marshall-Plan. Wie Außenminister Marshall im Juni 1947 in einer Rede in der Harvard University erklärte, sei Europa in den nächsten drei bis vier Jahren auf amerikanische Soforthilfe, Kredite und Kapitalhilfe angewiesen. Deshalb müsse ein großangelegtes Wiederaufbauprogramm in die Wege geleitet werden.²⁶⁴ Zu

²⁶² LaFeber, *America*, p.53

²⁶³ Truman, Harry S.: "Address of the President of the United States - Greece, Turkey, and the Middle East" in: McCormick, James M.: *A Reader in American Foreign Policy*. Peacock Publ. Itasca, IL, 1986, pp.56-60

²⁶⁴ Zum Marshall-Plan s. bes.: Hogan, Michael J.: *The Marshall Plan: America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947-1952*. Cambridge, Cambridge U. Pr., 1987, der auch die Bedeutung der *New Deal Coalition* für den außenpolitischen Konsens besonders hervorhebt, pp.13-18 und 440-445, insges. ist Hogan die beste Monographie zum Marshall-Plan, auch wenn er m.E. die *New Deal Coalition* als zu monolithisch überzeichnet - ganz im Sinne seiner Korporatismus-These; Hoffman, Stanley & Charles Maier (eds.): *The Marshall Plan: A Retrospective*. Westview, Boulder CO, 1984; Price,

diesem Zeitpunkt lag Europa wirtschaftlich völlig darnieder. Hunger und Kälte, so fürchtete man nicht nur im *State Department*, könnten Frankreich und Italien in die Hände der Kommunisten treiben. "The patient is sinking," sagte Marshall, "while the doctors deliberate." Die Europäer begrüßten die angebotene Hilfe euphorisch. Auch Polen und die Tschechoslowakei zeigten Interesse, wurden aber von Moskau daran gehindert, an der Marshall-Plan-Konferenz teilzunehmen. Für die Pravda war das Programm "Truman Doctrine with Dollars". In den USA war das Echo auf die Rede Marshalls zum Großteil positiv, da das Hilfsprogramm nicht nur als probates Mittel des *Containment* erschien, sondern auch als kräftige Konjunkturspritze für die amerikanische Wirtschaft.²⁶⁵ Die zugunsten der Kommunisten gefälschten Wahlen in Polen Ende 1947 sowie der kommunistische Coup in der Tschechoslowakei im Februar 1948 trugen ein Weiteres dazu bei, daß das Hilfsprogramm - das ein Volumen von 17 Mrd. \$ über einen Zeitraum von vier Jahren hatte - mit großer Mehrheit im März 1948 den Kongreß passierte.

Die Reaktionen auf Truman-Doktrin und Marshall-Plan

Die Kommunisten im CIO verurteilten sowohl Truman-Doktrin als auch Marshall-Plan als Instrumente imperialistischer "dollar diplomacy". Trumans Außenpolitik sei diktiert von der Wall Street und verfolge allein die Interessen der großen amerikanischen Firmen. Durch eine Kampagne von "international redbaiting and war scares" versuche die Administration, das amerikanische Volk zu verängstigen und seine Zustimmung zu einem Programm von "extortionate greed" zu bekommen. Wieder wurde eine Rückkehr zur Politik Roosevelts gefordert. Auch die Linken erklärten, ein amerikanisches Hilfsprogramm für die Europäer zu wollen. Der Marshall-Plan sei jedoch kein uneigennütziges Programm, sondern beherrscht von den Interessen amerikanischer Konzerne. Darüber hinaus werde es durch das Hilfsprogramm zu einem Engpaß bei der

Harry Bayard: *The Marshall Plan and its Meaning*. Cornell U. Pr., Ithaca NY, 1955; Mee, Charles L.: *The Marshall Plan. The Launching of the Pax Americana*. Simon and Schuster, NY, NY, 1984

²⁶⁵ LaFeber, *America*, p.58

Versorgung des amerikanischen Binnenmarktes mit Konsumgütern kommen, was Preissteigerungen zu Lasten des Endverbrauchers und exorbitante Profite für die Konzerne bedeute. Dieses Argument ist offensichtlich vorgeschoben, widerspricht es doch eklatant den bisherigen wirtschaftspolitischen Forderungen nicht nur der Linken im CIO: Ankurbelung der Konjunktur durch staatlich angeregte Nachfrage.

Die Sozialdemokraten im CIO unterstützten die Außenpolitik Trumans, wenn auch zunächst nur zaghaft. Die Administration bemühte sich jedoch von Anfang an um die Unterstützung der organisierten Arbeitnehmer. Am 18. März 1947 lud *Under-Secretary of State* Dean Acheson Vertreter der AFL, des CIO und der *Railway Brotherhoods* ein, um sie über die Hintergründe der Entscheidung, Griechenland und die Türkei mit Waffen zu beliefern, zu informieren. Noch im selben Monat berief das *Labor Department* einen Ausschuß von Gewerkschaftern ein, der die Regierung bei der Formulierung und Durchführung von Außenpolitik beraten sollte.²⁶⁶ Daß dieser Ausschuß jemals in der Formulierung von Außenpolitik zu großer Prominenz gekommen ist, ist nicht bekannt. Dennoch war dies ein Schritt in eine neue Richtung: Außenpolitik war nicht mehr nur Diplomatie, und die organisierte Arbeitnehmerschaft wurde an der Formulierung und Umsetzung des nationalen Interesses beteiligt.

Gleichzeitig verlangten Gewerkschafter mehr Einfluß auf die Außenpolitik. So kritisierte James Carey in einem Artikel in den *CIO News*, daß in der Hilfsmission nach Griechenland kein *labor advisor* vorgesehen war. "What the workers of the United States would like to know," fragte Carey, "is, whether they are expected in the case of Greece and Turkey to shore up reaction. We would like to know whether we are expected to proceed solely on a philosophy based on fear of the Soviet Union."²⁶⁷ Die Regierung beeilte sich, Carey entgegenzukommen. Im August 1947 wurde Clinton S. Golden, ehemaliger

²⁶⁶ Lenburg, *CIO*, p. 161

²⁶⁷ a.a.O.

Vizepräsident der Steelworker's Union, zum *chief labor advisor* der Griechenland-Mission und wenig später James Carey zum Vertreter des CIO in der überparteilichen *Advisory Commission* zum Marshall-Plan ernannt.²⁶⁸

Die Regierung war an der Beteiligung der organisierten Arbeitnehmerschaft am Marshall-Plan hochinteressiert. Zum einen waren die Gewerkschaften die größte kohärente gesellschaftliche Gruppe in den USA, mithin ihre Mitwirkung innenpolitisch unerlässlich. Denn auch wenn die USA sich kurz- bis mittelfristig konjunkturelle Vorteile erhofften, so mußte zunächst im Durchschnitt jeder US-Bürger 100 \$ Kosten für die Marshall-Plan-Hilfe tragen (verteilt über einen Zeitraum von vier Jahren): Steuerzahler wollen - besonders in den USA - überzeugt werden. Zum anderen waren 1948 in acht von 16 Marshall-Plan-Ländern sozialdemokratische bzw. sozialistische Regierungen an der Macht. Wer konnte sie besser davon überzeugen, daß das ERP keine Wall-Street-Verschwörung war, als die amerikanischen Gewerkschaften?

Labor und die Economic Cooperation Administration (ECA)

Dementsprechend waren drei von 12 Mitgliedern des *Public Advisory Board*, das der Kongreß eingesetzt hatte, um die *Economic Cooperation Administration* zu beraten, Gewerkschafter (von AFL, CIO und Railroad Brotherhoods). Zwei Gewerkschafter (von AFL und CIO) leiteten die *Labor Division* der ECA. In 11 von 16 ECA-Missionen arbeiteten hohe Gewerkschaftsfunktionäre, zwei Missionen (Norwegen und Schweden) wurden von Gewerkschaftsfunktionären geleitet. Der *Labor Information Director* in Europa war Harry Martin von der *American Newspaper Guild*.²⁶⁹ Delegationen von AFL und CIO bereisten die Marshall-Plan-Länder und trugen der ECA und

²⁶⁸ *Conv. Proc.*, 1947, p.121

²⁶⁹ besonders instruktive Quellen dazu: *Labor and ECA*. in: *Conv. Proc.*, 1948, pp.119-120 und Eleanor Finger, Anfang der 50er Jahre *Labor Specialist* der ECA: "Labor and European Recovery." in: Hardman, J.B.S. & Maurice F. Neufeld: *The House of Labor. Internal Operations of American Unions*. Greenwood Pr., Westport, CT 1951, pp.159-167

der Administration Forderungen europäischer Gewerkschafter vor. In den westlichen Besatzungszonen Deutschlands setzten sich AFL und CIO gegenüber der Militärregierung für einen Stop der Demontage²⁷⁰, Fortbildungsmaßnahmen für Gewerkschaftsmitglieder, höhere Zuteilungen an Rotationspapier, Erweiterung der Tariffreiheit, direkteren Kontakt zur Militärregierung und die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung des Einflusses ehemaliger Nazis ein.²⁷¹

Marshall selbst warb in einer Rede vor der CIO Convention im November 1947 für sein Programm. In Europa bestehe ein Konflikt zwischen Menschen, die ihre "social, political and economic existence in accordance with their desires" organisieren wollten und einer kleinen Gruppe, die ihnen dieses Recht abspreche. Das Hilfsprogramm sei eine humanitäre Geste, die Erfolg haben müsse, um tragische Konsequenzen im Falle eines wirtschaftlichen Kollaps Europas auch für die USA zu vermeiden. Eine Mehrheit der Delegierten schien hinter ihm zu stehen, denn er wurde mit heftigem Applaus von der *Convention* verabschiedet.²⁷²

Die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Rechten und Linken, Sozialdemokraten und Kommunisten über den richtigen Kurs in der Außenpolitik wurden auf der 1947er *Convention* offiziell noch einmal in einem Formelkompromiß aufgefangen. In der außenpolitischen Resolution wurden die Vier Freiheiten eingeklagt; versichert, daß der CIO den Interessen der USA und des amerikanischen Volkes verpflichtet sei, und "prosperity and peace for the world" gefordert.²⁷³ Für jeden war etwas dabei: So wurde allgemeine Abrüstung gefordert, gleichzeitig aber erklärt, die USA könnten nicht abrüsten, bevor nicht auch die anderen Nationen sich zur Abrüstung verpflichtet hätten. In

²⁷⁰ Taft, Philip: *Gewerkschaftliche Außenpolitik. Das Beispiel der amerikanischen Gewerkschaften*. Bund-Verlag, Köln 1975 (amerikan. Erstausgabe 1973) p.84

²⁷¹ *ibid.* pp.87-88

²⁷² *Conv. Proc., 1947*, pp.258-263

²⁷³ *Conv. Proc., 1947*, pp.274-276

Deutschland und Japan müßten die Überreste von Militarismus und Imperialismus dauerhaft beseitigt werden, Roosevelts *Good Neighborhood*-Politik müsse fortgesetzt und "Big Three Unity" wieder erreicht werden - wie genau dies geschehen solle, blieb unklar. Auch wurden "sound programs for post-war rehabilitation" gefordert, doch dürften diese nicht benutzt werden "as a means to coerce free but needy people in the exercise of their rights of independence and self-government or to fan the flames of civil warfare."²⁷⁴

Die Resolution wurde einstimmig verabschiedet und keiner der Delegierten sprach sich in der anschließenden Diskussion gegen sie aus. Doch wie sich zeigte, erregte das Thema Außenpolitik sehr viel mehr Gemüter als noch vor einem Jahr. Es meldeten sich sechs Redner zu Wort, die sich ausschweifend zum Thema äußerten, und nur ein - ebenfalls ausschweifendes - Schlußwort Murrays mit dem Appell, die Resolution ohne weitere Aussprache zu verabschieden, brachte die Debatte zu einem Ende.²⁷⁵

In allen Beiträgen spielte der Marshall-Plan (zu diesem Zeitpunkt als konkrete Handlungsvorlage noch im Entstehen begriffen) eine zentrale Rolle. Die linken Delegierten warfen der Außenpolitik der Administration vor, vom "big business" beherrscht zu sein, deshalb,- so der Delegierte Kehoe von der *American Communications Association* - werde der Wiederaufbau in Europa einzig dem Profitstreben amerikanischer Großkonzerne dienen sowie denen der deutschen Industrie, "which I predict, if it happens, twenty years from now will be used against us in the same manner as it was before."²⁷⁶ Irving Potash von den *International Fur and Leather Workers* fragte, nachdem er einige amerikanische Industrielle aufgezählt hatte, die zu der Zeit im Dienste der Regierung standen: "Do you mean to say that the European people are going to

²⁷⁴ *Conv. Proc., 1947*, pp.275

²⁷⁵ *Conv. Proc., 1947*, pp.290-293

²⁷⁶ *Conv. Proc., 1947*, pp.283

have confidence in those bankers and...agents of corporations who are aiming to destroy our labor movement...?"²⁷⁷

Die Sozialdemokraten im CIO vertraten dagegen die Ansicht, genau um dies zu verhindern, müsse sich die organisierte Arbeitnehmerschaft an der Planung und Durchführung eines Wiederaufbauprogrammes beteiligen. Europa, so der eloquenteste Verfechter des Marshall-Plans, Walther Reuther von den *United Automobile Workers*, dürfe nicht mit der sowjetischen Propaganda, der zufolge es nur die Wahl zwischen Kommunismus und Wall-Street-Kapitalismus gebe, allein gelassen werden:

My plea is that they (die Regierung, d. V.) have to bring labor into this, give us our place around the councils in Washington just as they did during the war...so it can be 'hands across the sea' from the American people to the people of Europe. Then we can explode the propaganda that the choice is between Joe Stalin or Standard Oil.²⁷⁸

Reuther wies die Vorwürfe der Linken, die Regierung Truman betreibe Kriegshetze, zurück und wies darauf hin, daß auch Roosevelt von den Linken im Jahre 1940 noch der Kriegshetze bezichtigt worden war. Der Glaubwürdigkeitsverlust der Linken, der Kommunisten, saß tief. "These people," so Reuther,

have made a complete cycle since 1940 to 1947. Between those two historic dates they embraced Hitler and they have embraced Roosevelt. They stood for surrender at the home front when labor was fighting its battles...and now they shout the same slogan, 'war monger' that in 1940 was directed at Roosevelt and 'war monger' in 1947 directed at Truman.²⁷⁹

Im Anschluß an diese – sehr berechtigten - Vorwürfe folgte das Bekenntnis eines liberalen Internationalisten. Die USA, so Reuther, könnten mit ihren Ressourcen dazu beitragen, den Völkern Europas die Chance zum Aufbau demokratischer Systeme zu geben.

That is what the Marshall-Plan is. And if we fail in carrying out this plan, the light of freedom in Europe will be extinguished, and when the light of freedom is extinguished the

²⁷⁷ *Conv. Proc., 1947*, pp.289

²⁷⁸ *Conv. Proc., 1947*, pp.286-287

²⁷⁹ *Conv. Proc., 1947*, pp.284-285

things that we are proud of in the CIO go out the window with human freedom. Unless we make the Marshall-Plan succeed...there won't be any free trade unions anywhere in Europe, as there aren't any on the other side of the Iron Curtain.²⁸⁰

Die Sozialdemokraten interpretierten den Formelkompromiß bald nach der Convention als Zustimmung zum *European Recovery Program (ERP)*. Vor einer Sitzung des CIO *Executive Board* im Januar 1948 verabschiedeten die neun CIO-Vizepräsidenten und Murray eine Resolution, die sich voll hinter das ERP stellte und dessen Umsetzung zur ersten politischen Priorität des CIO erklärte. Im März 1948 wies der Vorsitzende der *Industrial Union Council Division* des CIO, John Brophy, alle *Industrial Union Councils* (die regionalen Kooperationsgremien des CIO) an, das ERP zu unterstützen.²⁸¹

Die Wahl 1948

Der CIO spielte im Präsidentschaftswahlkampf 1948 einmal mehr eine entscheidende Rolle. Auf der besagten Sitzung des *Executive Board* im Januar 1948 beschloß die Mehrheit der Vorstandsmitglieder, die Kampagne von Truman zu unterstützen. Das hatte den endgültigen Bruch zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zur Folge. Die Kommunisten plädierten vehement für eine Unterstützung des ehemaligen Vizepräsidenten, George Wallace. Bei einem Treffen des linken *Caucus* drängte der *Labor Secretary* der Kommunistischen Partei nach Angaben eines Teilnehmers (Michael Quill) darauf, sich auf keine Kompromisse einzulassen und Wallace' Unterstützung (*endorsement*) durchzusetzen. Dies gelang ihnen jedoch gegen die Mehrheit der Sozialdemokraten nicht. Dennoch arbeiteten viele CIO-Funktionäre vom linken Flügel im Wahlkampfteam von Wallace, und einige Gewerkschaften unterstützten offiziell seine Kandidatur.

²⁸⁰ *Conv. Proc., 1947*, pp.285

²⁸¹ *New York Times*, January 24, 1948, p. 8: "Memorandum of John Brophy to All Industrial Union Councils"

Die Sozialdemokraten attackierten die *Progressive Party* von Wallace heftig. Sie befürchteten, daß Wallace dem Republikaner Dewey zur Macht verhelfen könnte, indem er Trumans Wählerschaft spaltete. President Murray drückte es in einer Debatte auf der Convention nach der Wahl so aus: "The President of this organization (also er selbst, d. V.) did not support Mr. Wallace because he did not want to elect Tom Dewey - and Tom Dewey is from Wall Street."²⁸² Ein Erfolg Trumans war angesichts des Drucks der New Deal-Gegner unabdingbar, um den weiteren Abbau von Arbeitnehmerrechten zu verhindern. Wenn auch Truman für Irritationen im Arbeitnehmerlager gesorgt hatte, so war er zumindest der arbeitnehmerfreundlichste Kandidat, dem man zutrauen konnte, eine Mehrheit zu gewinnen. Philip Murray hielt deshalb eine Unterstützung der Wallace-Kampagne für unvereinbar mit der Mitgliedschaft im CIO. Vor einer Versammlung der *Textile Workers* erklärte er:

The third Party in the United States of America is a divisionist Party created for the purpose of causing confusion and dissension and undermining the labor movement of the United States...This is no time to mince words. I charge in this mighty convention that the Communist party is directly responsible for the organization of third party ideas...²⁸³

Eine Wahlkampfbroschüre der *Textile Workers* trug den Titel "Third Party: Red Ally of Reaction" und erklärte, daß die Kommunisten aus der "soft-heartedness" der Anhänger von Wallace Gewinn zögen. Auch in Wahlkampfpamphleten des CIO-PAC wurden die *Wallacites* ähnlich heftig wie die Republikaner angegriffen.²⁸⁴

Darüber hinaus leistete der CIO - wieder einmal - entscheidende Wahlkampfhilfe. Das PAC ließ 10 Millionen Wahlkampfbroschüren drucken, mobilisierte 100.000 Wahlkampfhelfer, und brachte 1 Mio. \$ an Spenden für den Wahlkampf auf. In einigen Städten, wie z.B. Philadelphia und Detroit, wurde das PAC fast deckungsgleich mit der Demokratischen Parteiorganisation.

²⁸² *Conv. Proc., 1948*, p.160-161

²⁸³ Madison, Charles A.: *American Labor Leaders. Personalities and Forces in the Labor Movement*. Ungar, New York 1962, 2nd.Enl. Ed. (1st.Ed.1950); p.33

²⁸⁴ Lenburg, *CIO*, p.178

Daß der Beitrag der organisierten Arbeitnehmerschaft Truman die Präsidentschaft rettete, ist mittlerweile unumstritten. Truman selbst sagte am Morgen nach seinem für viele Beobachter überraschenden Wahlsieg zu einem Freund: "Labor did it."²⁸⁵

Marshall-Plan und Spaltung der WFTU

Nicht nur im CIO, sondern auch in der *World Federation of Trade Unions* (WFTU) kam es über den Marshall-Plan zu heftigen Auseinandersetzungen, an deren Ende der Austritt des CIO aus der WFTU und die Gründung eines neuen internationalen Gewerkschaftsbundes stehen sollten. Der neugegründete Kominform verurteilte im Oktober 1947 den Marshall-Plan als einen Versuch der USA, die Völker Europas imperialistisch zu durchdringen und sie auf einen kolonialen Status zu reduzieren. Die Angriffe kommunistischer Gewerkschafter auf die Befürworter des Marshall-Plans wurden immer heftiger. Ein Bericht des britischen TUC über seine Beziehungen zur WFTU beschwerte sich über

die Flut von Verunglimpfungen und Beschimpfungen, die der britische TUC, die amerikanischen Gewerkschaften sowie die Führer der nicht zur Unterwerfung unter Doktrin und Diktat der Kommunisten bereiten Gewerkschaftsbünde über sich ergehen lassen müssen. [Sie werde] durch keinerlei Wunsch, die inneren Schwierigkeiten zu überwinden, gezügelt.²⁸⁶

Als James Carey im November 1947 auf einer Konferenz von WFTU-Spitzenfunktionären darum bat, eine kurze Erklärung zum Marshall-Plan abgeben zu können (der nicht auf der Tagesordnung stand), wurde dies vom italienischen und vom sowjetischen Delegierten und von Saillant abgelehnt. Carey konnte sich zwar knapp durchsetzen und seine Erklärung vortragen, eine Diskussion wurde jedoch abgelehnt. Der Amerikaner warb in seiner Stellungnahme für das ERP und regte Konsultationen zwischen den am ERP

²⁸⁵ Clure, Arthur F.: *The Truman Administration and the Problems of Postwar Labor, 1945-1948*. Ass. U. Pr., Cranbury, N.J.; p.213

²⁸⁶ s. hierzu bes.: Lorwin, Lewis L.: *The International Labor Movement. History, Politics, Outlook*. Greenwood, Westport, CT, 1973 (1st ed. 1953), pp.238-261 und Taft, Philip: *Gewerkschaftliche Außenpolitik. Das Beispiel der amerikanischen Gewerkschaften*. Bund-Verlag, Köln 1975 (amerikan. Erstausgabe 1973), pp.101-123, Zit. p.102.

interessierten Gewerkschaften an, die das Sekretariat (also Saillant) organisieren sollte. Doch weder Saillant noch die anderen Kommunisten in der WFTU waren daran interessiert. Im Bulletin der WFTU wurden Polemiken osteuropäischer Gewerkschafter veröffentlicht, die den TUC und die amerikanischen Gewerkschaften als "agents of American imperialism" und "betrayers of union unity" denunzierten. Auch die kommunistischen Gewerkschafter in Italien und Frankreich lehnten den Marshall-Plan ab.²⁸⁷

In den meisten westeuropäischen Gewerkschaften stieß das Hilfsprogramm auf euphorische Zustimmung. Eine konzertierte Aktion, um der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, hatten sie schon seit Kriegsende gefordert. Amerikanische Kapitalhilfe war in ihren Augen unabdingbar, um Produktion und Konjunktur wieder anzukurbeln. Dementsprechend stieß die Verzögerungstaktik des Sekretariats der WFTU bei ihnen auf einigen Unmut. Wollten sich die Gewerkschaften an der Gestaltung des Hilfsprogramms beteiligen, so mußten sie sich möglichst schnell beraten und koordinieren. Da Saillant sich weigerte, eine ERP-Konferenz vor dem 30. April einzuberufen, lud der TUC für den 9. März 1948 in Absprache mit AFL, CIO, den niederländischen und den Benelux-Gewerkschaften zu einer Konferenz in London ein. Anwesend waren alle westeuropäischen Gewerkschaften (auch eine Delegation aus den westdeutschen Besatzungszonen) außer der Französischen CGT und den kommunistischen Gewerkschaften Italiens. Die Konferenz begrüßte den Marshall-Plan, rief die respektiven Gewerkschaften auf, das Programm zu unterstützen, und gründete ein *ERP Trade Union Committee*, das als Informationsstelle für die nationalen Gewerkschaften dienen sollte. Auf Initiative der AFL, die sich auch schon bei General Clay für die Anliegen deutscher Gewerkschafter eingesetzt hatte, wurden drei westdeutsche Delegierte in das Committee gewählt. Die Eile, mit der die Konferenz einberufen wurde, war angebracht: Am 3. April 1948 unterzeichnete Truman den *Foreign Assistance Act* und zwei Wochen später, am 16. April, wurde die *Organization*

²⁸⁷ Lorwin, *Movement*, pp.240-241

for European Economic Cooperation (OEEC) gegründet.²⁸⁸ Zum ersten Mal seit der Spaltung hatten AFL und CIO auf dieser Konferenz eng zusammen gearbeitet.

Im Juli 1948 wurde eine weitere ERP-Konferenz der Gewerkschaften veranstaltet. Diskutiert wurden Mittel und Wege, den Einfluß der Gewerkschaften auf die Administration des ERP durch die nationalen Regierungen zu stärken. Ein *ERP-Trade Union Advisory Council* löste die *Advisory Commission* ab und fungierte jetzt auch als Liaison zur OEEC und zur ECA. All dies verschärfte die Spannungen in der WFTU weiter. Die Angriffe der kommunistischen Gewerkschaften auf den Marshall-Plan und diejenigen, die ihn unterstützten, wurden immer aggressiver. Ein Auseinanderbrechen der Organisation war unvermeidlich geworden und nur noch eine Frage der Zeit.

Auf der 1948er Convention des CIO in Portland wurde das *Executive Board* ermächtigt, alle nötigen Schritte bis hin zum Austritt aus der WFTU in die Wege zu leiten.²⁸⁹ Der endgültige Bruch kam schnell. Auf der nächsten Sitzung des Executive Bureau der WFTU im Januar 1949 verlas James Carey für den CIO eine Erklärung, in der es hieß, die WFTU habe einen Zustand erreicht, in dem sie entweder das Diktat des Kominform entgegen nehmen oder in Lähmung verfallen müsse, daß es sinnlos sei, Kompromisse zu schließen, die lediglich Differenzen verschleiern sollten, und daß die Kommunisten versuchten, die Organisation für ihre politischen Zwecke einzusetzen und damit für die Spaltung verantwortlich seien. "It is no use pretending that the WFTU is anything but a corpse," erklärte Carey, "let us bury it."²⁹⁰ Daraufhin verließ der Delegierte des TUC gemeinsam mit Carey und dem Holländer Evert Kupers den Raum und mit ihnen ausnahmslos alle nicht-kommunistischen Gewerkschaften Westeuropas die WFTU.

²⁸⁸ Taft, *Gewerkschaftliche Außenpolitik*, pp.114-115

²⁸⁹ *Conv. Proc., 1948*, p.257-258

²⁹⁰ Lorwin, *Movement*, p.260

Bald darauf, im November 1949, gründeten sie einen neuen internationalen Verband, die *International Confederation of Free Trade Unions*. Diesem internationalen Gewerkschaftsbund gehörten erstmals beide amerikanischen Dachverbände - CIO und AFL - an.

Der schwelende Konflikt: Kommunisten und Antikommunisten im CIO

Am Ende des Zweiten Weltkrieges stellten Kommunisten und ihre Sympathisanten eine bedeutende Minderheit im CIO dar. Etwa ein Drittel der Mitglieder des *Executive Board* waren Linke, d. h. Kommunisten oder den Kommunisten nahestehende Funktionäre. Das Mißtrauen auf der rechten, d. h. sozialdemokratischen, *New-Deal*-orientierten Seite des CIO gegenüber der Linken war nie ganz abgeflaut und wurde während des Krieges durch die Versuche der Linken, Akkordlöhne und höhere Bandgeschwindigkeiten einzuführen, um die Produktion für die Sowjetunion zu steigern, weiter genährt. Was die *New Dealer* den Kommunisten immer wieder anlasteten, war die Tatsache, daß die Kommunisten jede Kehrtwende der sowjetischen Außenpolitik mitmachten und dieser ihre innenpolitische, d. h. gewerkschaftliche Strategie unterordneten.

Die Auseinandersetzungen mit Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung gingen zurück bis in die frühen 30er Jahre. James Carey berichtet in seinen Erinnerungen über Konflikte in lokalen Gewerkschaftszellen in den Jahren 1934, 1935 und 1936. Doch in diesen Jahren, wie auch nach dem Überfall auf die Sowjetunion, standen die außenpolitischen Positionen nicht im Vordergrund – schlicht und ergreifend, weil die Außenpolitik der Sowjetunion nicht diametral der amerikanischen Diplomatie entgegenstand. Carey erinnerte sich jedoch genau daran, daß auf der 1939er Convention der *United Electrical Workers* die Kommunisten auf einmal außenpolitische Resolutionen nicht mehr mittragen wollten, die sie selbst zuvor ausgehandelt hatten. Die Convention fand am 6. September statt, kurz nach dem Abschluß des Ribbentrop-Molotow-Abkommens. Die Vorbereitung der

Convention lag jedoch vor Bekanntwerden des berüchtigten Paktes zwischen den beiden Diktatoren. Carey sagte später, das Verhalten der Kommunisten sei ihm eine Lehre gewesen. Der 1949 abgeschlossene Kampf mit den Kommunisten im CIO habe seiner Ansicht nach 1939 mit dem Hitler-Stalin-Pakt angefangen. Die Konflikte mit den Linken hätten sich meist an unterschiedlichen Einschätzungen der internationalen Lage entzündet.²⁹¹ Nach Hitlers Überfall auf Polen im September 1939 gab es in der UE-Führung heftige Debatten über den Charakter dieses Krieges, und Carey erinnerte sich daran, daß die Kommunisten ernsthaft die Frage in die Diskussion einwarfen, ob Churchills Großbritannien oder Hitlers Deutschland das schlimmere Regime darstellten.²⁹²

James Carey Kritik an den Kommunisten bezog sich ausdrücklich stets auf deren Moskau-Hörigkeit, auf ihre reflexhafte Bereitschaft, die Interessen der Arbeitnehmer derer der kommunistischen Parteilinie unterzuordnen. Ihre sonstige Kompetenz als Gewerkschafter schätzte er relativ hoch ein, da sie sehr gut geschult gewesen seien. Das war auch einer der Gründe für ihren Erfolg in einigen CIO-Gewerkschaften:

“It [ihr Erfolg, d. Verf.] was due more to the absence of local leadership that was trained, that could compete with them, in our industry, than to any other single factor.[...] You have to consider that trade unionism was new to the workers in this industry, that Communist had effectively trained people as parliamentarians, in public speaking, in addition to having extremely well organized caucuses. They operated largely the way Tammany Hall operated.”²⁹³

Carey und andere New Dealer verwandten in den folgenden Jahren einige Mühe und Ressourcen darauf, Gewerkschaftsfunktionäre auszubilden, die den Kommunisten organisatorisch ebenbürtig waren.²⁹⁴

291 *Interview with James B. Carey: The Reminiscences of James B. Carey.* Transcript of interviews conducted for the Oral History Research Office of Columbia University from 1956-1958. (New York Times Oral History Program: Columbia University Collection, pt. 2,) pp.212-213

292 *ibid.* p.219

293 *ibid.* p.234

294 *ibid.* p.235

Bald nach Kriegsende kam es in einer Reihe von Gewerkschaften zu Machtkämpfen zwischen Rechts und Links. Der Bedeutendste fand bei den *United Automobile Workers* statt, mit fast einer Million Mitgliedern einer der größten CIO-Gewerkschaften. Dort standen sich eine Mitte-Links²⁹⁵ Koalition und ein starker rechter Flügel, geleitet von Walter Reuther gegenüber. Auf der 1946er *Convention* der UAW gelang es Reuther, über den bisherigen Amtsinhaber, R. J. Thomas, einen knappen Sieg davon zu tragen. Die restlichen drei Posten des Geschäftsführenden Vorstands gingen an Mitglieder der Mitte-Links Koalition, die auch im *Executive Board* eine Mehrheit behielt. Die politischen Unterschiede lagen im wesentlichen in drei Punkten. Während die Mitte-Links-Koalition Truman heftig kritisierte, die WFTU ebenso vehement unterstützte und viele Kommunisten in ihren Reihen hatte, war die Rechte mit ihrer Kritik an der Truman-Administration zurückhaltend, skeptisch gegenüber der WFTU und strikt antikommunistisch.

An dieser Stelle noch einmal ein Wort zum meist irreführenden Gebrauch der Kategorien "Links" und "Rechts" durch die revisionistische Sekundärliteratur. Martin Halpern, ein Revisionist, definierte noch 1986 in einem Aufsatz über die seiner Ansicht nach durch den Sieg Reuthers vertanen Chancen bei den *United Auto Workers* die von ihm so genannte "center left coalition" als eine Koalition von Kommunisten und "non-redbaiters" (sic!). Die "Reutherites" bestehen ihm zufolge aus Sozialdemokraten, Sozialisten und christlichen Gewerkschaftern. Soviel zum durchaus polemischen Gebrauch der Kategorien "Rechts" und "Links" durch die revisionistische Sekundärliteratur.²⁹⁶

Zwischen Ende 1946 und Ende 1947 wuchs der öffentliche Druck auf die Gewerkschaften stetig. In diesem Zeitraum veränderte sich die Balance innerhalb der UAW weiter zugunsten der Reuther-Fraktion, weil viele einfache

²⁹⁵ Halpern, Martin: "Taft-Hartley and the Defeat of the Progressive Alternative in the United Auto Workers:" in: *Labor History*, vol. 27, Spring 1986, no. 2, pp.204-226, bes. p. 207

²⁹⁶ a.a.O.

Mitglieder die Kommunisten zunehmend als politische Bürde betrachteten und der Ansicht waren, daß Reuther eher in der Lage wäre, die UAW vor den Angriffen der Anti-New Dealer zu schützen. Zum offenen Konflikt kam es über die Frage der vom *Taft-Hartley Act* vorgesehenen eidestattlichen Erklärungen (*affidavits*) der Funktionäre lokaler Gewerkschaften, daß sie nicht Mitglieder der Kommunistischen Partei seien, bevor sie die Dienste des NLRB in Anspruch nehmen konnten. Nach Inkrafttreten von Taft-Hartley kamen immer mehr Gewerkschafter zu der Ansicht, daß die Politik enger Zusammenarbeit mit Kommunisten die Gewerkschaft schädige, denn das NLRB entschied keine Tarifkonflikte, schlichtete nicht und ließ keine Wahlen zur Einführung eines *union shop* abhalten, solange eine Gewerkschaft sich weigerte, die verlangten *affidavits* abzugeben. Unter solchen Umständen war eine Politik der Verweigerung solcher *affidavits*, wie sie einige Funktionäre der Mitte-Links-Koalition befürworteten, aufgrund des wachsenden Druckes der *rank-and-file* auf ihre Funktionäre illusorisch. Die einfachen Mitglieder waren nicht bereit, ihre Verhandlungsposition zu schwächen, um sich schützend vor die Bürgerrechte einer Minderheit zu stellen - einer Minderheit zumal, die durch ihre Moskau-Hörigkeit und durch ihre opportunistischen Kehrtwenden ihre Glaubwürdigkeit bei vielen verspielt hatte.

Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß auch viele Nicht-Kommunisten die von Taft-Hartley vorgeschriebenen eidesstattlichen Erklärungen (*affidavits*) verabscheuten und als demütigend empfanden. Denn diese Vorschrift implizierte, daß Gewerkschaftsmitglieder *per se* der Illoyalität verdächtig waren und wurde umso bitterer empfunden, als weder Unternehmer noch ihre juristischen Vertreter sich ähnlicher Prozeduren unterwerfen mußten. Schließlich seien es die Arbeitgeber gewesen, so Philip Murray vor einem Senatskommittee 1946, die immer wieder durch das Ignorieren des *Wagner Acts* Gesetzesbruch begangen hätten.²⁹⁷

²⁹⁷ Zieger, Robert: *The CIO, 1935-1955*. Chapel Hill & London, U. of North Carolina Pr., 1995, pp.247-248

Gleichzeitig betrieb Walther Reuther einen dezidiert antikommunistischen innergewerkschaftlichen Wahlkampf unter dem Motto "Against outside influence" - eine Strategie, die ihm in der - damals noch - linksliberalen *New Republic* den Titel eines "redbaiters" einbrachte. Während Reuther pauschal seine Gegner bezichtigte, der Parteilinie zu folgen, polemisierten diese gegen ihn als "The Bosses Boy" und warfen ihm vor, er sei für eine Erhöhung der Bandgeschwindigkeit ("speedup") in den Autofirmen - angesichts ihres eigenen Eintretens für den "speedup" in den Kriegsjahren und der Auseinandersetzungen, die sie deshalb mit Reuther hatten, ein erstaunlicher Vorwurf.²⁹⁸

Bei den Delegiertenwahlen zur nächsten UAW-Convention setzten sich die Anhänger Reuthers klar durch. Nach Martin Halpern war dafür entscheidend, daß ehemals "neutral elements among the secondary leadership and the rank-and-file" sich jetzt eher an Reuther orientierten als an der alten Führung. Der Reuther-Fraktion gelang es deshalb auf der 1947er *Convention*, die Linken in der Führungsspitze zum Großteil aus dem Amt zu wählen, was die Desintegration der sogenannten Mitte-Links-Koalition zur Folge hatte.²⁹⁹

Auch in anderen Gewerkschaften auf dem linken Flügel regte sich Widerstand gegen die strikte Ablehnung von Marshall-Plan und Truman-Administration. Teils wurden die linken Führungsspitzen abgewählt, teils führten diese selbst "ihre" Gewerkschaften ins Lager der Sozialdemokraten, sobald sie das Ausmaß der antikommunistischen Revolte in den eigenen Reihen erkannt hatten (so z. B. Joseph Curran, Präsident der *National Maritime Union* und Mike Quill, Präsident der *Transport Worker Union*).³⁰⁰ Mike Quill war von Führern der *American Labor Party* aufgefordert worden, aus dem CIO

²⁹⁸ Givens, Charles: "Asleep at the Ringside" in: *New Republic*. Nov. 10, 1947, pp.20-24

²⁹⁹ a.a.O.

³⁰⁰ Die rank-and-file Revolte in der TWU ist äußerst informativ und unterhaltsam beschrieben in: Weinberg, Jules: "Priests, Workers, and Communists. What Happened in a New York Transit Workers Union." in: *Harper's Magazine*. CLXVII, Nov. 1948, pp.49-56

auszuscheiden, andere Gewerkschaften (wie z. B. die UE) nach sich zu ziehen, und so die Möglichkeit der nationalen CIO-Führung zu schwächen, gegen die Kandidatur von Henry Wallace zu opponieren. Teils aus Widerwillen gegen diese Forderungen, teils aus persönlichem Opportunismus zog es Quill vor, theatralisch mit seinen kommunistischen Mitstreitern zu brechen. Dem ging allerdings eine *rank-and-file* Revolte gegen den autoritären Führungsstil Quills bei der TWU voraus.³⁰¹

Die Haltung zum Marshall-Plan zeigte den unüberbrückbaren Graben zwischen Kommunisten und ihren Sympathisanten auf der einen und den sozialdemokratisch und New Deal-orientierten CIO-Gewerkschaftern auf der anderen Seite. Nachdem Außenminister George Marshall seinen Plan am 5. Juni 1947 vorgelegt hatte, hielt sich der CIO als ganzes zwar bei der Bewertung zurück, aber James Carey und andere Gewerkschaftsfunktionäre engagierten sich sehr bald für diese Initiative der Regierung. Bereits am 22. Juni 1947 berief Truman ein 19-köpfiges *advisory committee*, dem auch George Meany von der AFL und James Carey von der CIO angehörten. Die Kommunisten denunzierten dagegen den Marshall-Plan als imperialistisches Instrument und lehnten ihn ab, wenn sie auch bis 1948 einen offenen Konflikt darüber vermieden.³⁰²

Der Bruch: Die Sitzung des CIO-Executive Boards im Januar 1948

Die Wurzel des Konfliktes zwischen Links und Rechts im CIO lag nicht in taktischen Fragen begründet, wenn diese auch in der Debatte als Argumente ins Feld geführt wurden: Etwa, ob nicht eine einzelne Gewerkschaft oder eine Betriebszelle nicht ihre eigenen politischen Entscheidungen treffen

³⁰¹ *ibid.*, p.56

³⁰² Daß die Auseinandersetzung über den Marshall Plan der zentrale Konfliktpunkt zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten im CIO war, hat mir auch Morris Weisz in einem Interview persönlich bestätigt: *Interview mit Morris Weisz, ehemaliger Labor Economic Advisor of the Marshall Plan Administration*, geführt von Marcus Pindur, März 2001, George Meany Center for Labor Studies, Silver Spring, Maryland. (Audiokassette, 90 min., im Besitz des Autors), s. *auch*: Zieger, *CIO*: p.266-267

könne – entweder für Truman oder für Wallace. Der Konflikt lag in der Haltung zur Sowjetunion und deren Außenpolitik begründet. Die linke, kommunistische Minderheit im CIO-Executive Committee glaubte, daß die USA gleichsam natürlich dem Imperialismus, der Unterdrückung der Arbeiterklasse und dem Krieg zuneigten. In der Sowjetunion sahen sie den Vorreiter des Antikolonialismus, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Kooperation. Die New Deal-, bzw. sozialdemokratisch orientierte Mehrheit glaubte genau das Gegenteil. Während diese fundamentalen Differenzen im Zweiten Weltkrieg in einer Organisation koexistieren konnten, war dies im angespannten nationalen wie internationalen Klima der späten 40er Jahre nicht mehr möglich.³⁰³

Nachdem die neun CIO-Vizepräsidenten am Tag vor der Sitzung des CIO-Executive Boards, dem 21. Januar 1948, eindeutig über die Formelkompromisse des Jahres 1947 hinausgegangen waren und sowohl die Unterstützung einer Dritten Partei ausgeschlossen sowie den Marshall-Plan explizit gutgeheißen hatten, regte sich bei den Kommunisten sofort deutlicher Widerspruch. Harry Bridges, der Sprecher der pro-sowjetischen Minderheit im *Executive Board*, erklärte, die Truman-Administration sei stark nach rechts gerutscht und gleichzeitig sei Henry Wallace in das Rennen eingetreten. Damit habe sich die politische Landschaft grundlegend geändert. Außerdem bemängelte er die Verknüpfung von Fragen der politischen Positionierung mit außenpolitischen Themen. Damit stelle man sich als CIO direkt ins Lager Trumans; die Resolutionen der Convention 1947 sähen aber *nonpartisanship* vor. In der gesamten Debatte betonte Bridges die Autonomie der Einzelgewerkschaften und der Betriebszellen. Die Resolution des CIO-Präsidiums sei ein Versuch, die Einzelgewerkschaften zu überrollen, und widerspreche damit jeglichen demokratischen Prinzipien. Bridges verlangte zwar kein *endorsement* des CIO für Wallace, dennoch brachten seine Forderungen weitreichende Konsequenzen mit sich. Denn wenn sich das CIO-PAC dem Veto einer Minderheit in der

³⁰³ a.a.O.

Gewerkschaftsdachorganisation hätte unterwerfen müssen, dann hätte dies ernsthaft die Fähigkeit des CIO untergraben, überhaupt auf nationaler Ebene politischen Einfluß zu nehmen.

Dementsprechend heftig waren die Angriffe der New Dealer auf Bridges. Das eigentliche Problem, so Walter Reuther, sei nicht die Autonomie der Einzelgewerkschaften, die sehr wohl politische Entscheidungen vor Ort treffen könnten, sondern die Fähigkeit des CIO insgesamt, auf der nationalen Bühne politisch kohärent zu agieren. Die Frage sei, ob der CIO ein Diskussionsforum sein solle oder ein autoritatives gewerkschaftliches Zentrum. Reuther ging noch weiter: Die pro-sowjetischen CIO-Funktionäre seien “not fools, they are just prostitutes.” Sie tanzten, so Reuther, zur Melodie der CPUSA.³⁰⁴

Und dies war keineswegs lediglich ein polemischer Vorwurf. Wenige Wochen später erfuhr Phil Murray, daß das Zentralkomitee der CPUSA tatsächlich seine Gewerkschaftsfunktionäre auf die Unterstützung von Wallace verpflichtet hatte. Dies berichtete ihm Michael Quill, Präsident der Transport Worker’s Union (TWU) und bis dato ein treuer Verfechter der Parteilinie. Quill unterstützte zwar Wallace, hielt jedoch die Linie, die die CPUSA den Gewerkschaftsfunktionären aufzwang, für ein Desaster. Denn nicht nur der Bruch im CIO war somit sicher, sondern auch die Isolation der linken, pro-sowjetischen Gewerkschaften.³⁰⁵

Auf der *Convention* 1948 lag der Bruch zwischen den beiden Flügeln des CIO schließlich öffentlich zutage. Die Linke befand sich in der Defensive wie nie zuvor. Hatte Philip Murray bislang immer darauf geachtet, die Einheit des

³⁰⁴ *Minutes of the CIO Executive Board 1948*, pp. 54-76, 274-276

³⁰⁵ Die Aussage Quills ist zuerst dokumentiert in: Shannon, David: *The Decline of American Communism: A History of the Communist Party of the United States since 1945*. New York, Harcourt, Brace, 1959, pp. 134-140. Siehe auch Klehr and Haynes: *American Communist Movement*, pp. 114-115. Zieger, *CIO* p. 447, sieht die Aussage Quills ebenfalls als glaubhaft an. Sie wird von Lenburg noch 1973 überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

CIO zu bewahren und die Kommunisten und ihre Verbündeten nicht vor den Kopf zu stoßen, so leitete er den frontalen Angriff auf die Linke gleich im zweiten Absatz seiner Rede ein. Sie seien, so der verärgerte Murray (er war wegen seiner Befürwortung des Marshall-Plans von Linken als "the tool of Wall Street imperialism" bezeichnet worden), "ideological dive bombers...creating dissension and bringing about, if possible, the destruction of the labor movement". Weiter seien sie keine Gewerkschafter, sondern "colonial agents of a foreign government using the trade unions as an operating base".³⁰⁶ In diesem Ton ging es weiter. Murray sprach verschiedene Präsidenten linker Gewerkschaften direkt an und bezichtigte einige, wegen ihrer politischen Aktivitäten ihre Aufgaben als Gewerkschafter zu vernachlässigen - so z. B. die *Food Workers*, deren Mitgliedschaft innerhalb eines Jahres von 54.000 auf 24.000 gesunken war.³⁰⁷ Das *Executive Board* bekam per Mehrheitsbeschluß die Befugnis, die Organisationsanstrengungen solcher Gewerkschaften zu untersuchen und unter Umständen ihre Führer des Amtes zu entheben - ein drastisches und unter dem Gesichtspunkt demokratischer Legitimation durchaus fragwürdiges Vorgehen.³⁰⁸

In der außenpolitischen Resolution gab es diesmal keine Zweideutigkeiten oder Formelkompromisse. Der Marshall-Plan wurde voll und ganz begrüßt. Besonders wurde auf den Anteil der Gewerkschaften hingewiesen:

Free, democratic labor and other organizations in Europe have welcomed the ERP and have cooperated with their own governments and with the American labor movement in the in the work of the Economic Cooperation Administration...The participation of american labor in the ECA at all levels is the best guarantee to European labor that the interests of its members will be protected and the independence of European peoples preserved.³⁰⁹

Die Gewerkschaften in Deutschland und Japan sollten, so die Resolution weiter, von der Militärregierung aktiv unterstützt werden. Verurteilt wurden die Opposition der Sowjetunion gegenüber dem Marshall-Plan genauso wie der

³⁰⁶ Conv. Proc., 1948, p.170

³⁰⁷ Conv. Proc., 1948, p.164

³⁰⁸ Miller, Joe: "The Broad Middle Way." in *New Republic*, Dec. 6, 1948, pp.7-8

³⁰⁹ *Conv. Proc.*, 1948, p.228

exzessive Gebrauch des Vetos im Sicherheitsrat, die Berlin-Blockade und die Franco-Diktatur. In der sich anschließenden Diskussion brachten Rechte und Linke die schon bekannten Argumente vor. Der Delegierte Selly vom linken Flügel warf dem ERP vor, "(it has) obstructed European reconstruction, impaired the conditions of European workers, and carried with it the interference in the affairs of other nations."³¹⁰ Er verlangte ein von den Vereinten Nationen verwaltetes Hilfsprogramm. Darüber hinaus forderte er die Einstellung der Hilfe für Chiang-Kai-Chek und die Royalisten in Griechenland.³¹¹ Die rechten, sozialdemokratisch orientierten Delegierten begrüßten den Marshall-Plan und beschuldigten die Sowjetunion, für die derzeitigen Spannungen in der Welt verantwortlich zu sein. Den Linken warfen sie Einseitigkeit vor. So erklärte der Delegierte Bittner, er habe die amerikanische Regierung wiederholt kritisiert, aber: "As an American I am getting sick and tired and sore of hearing these Communists condemning the United States of America and never a word of condemnation about Russia."³¹² Deutlich treten in seinem Beitrag auch sehr patriotische Töne hervor: "We have many problems in the United States, but as an American trade unionist, I think the overwhelming majority of the people here...will agree with me when I say the United States is the greatest country there is in the world."³¹³

Ende 1948 waren die Fronten geklärt. Die Linken waren eine immer kleiner werdende Minderheit. Die Mehrheit der CIO-Delegierten stand hinter der Containment-Politik der Administration in Form des Marshall-Plans und der Truman-Doktrin und machte die Sowjetunion für den Kalten Krieg verantwortlich. Gleichzeitig wurde der linke Flügel im darauf folgenden Jahr noch stärker unter Druck gesetzt. Auf der 1949er Convention wurde eine Satzungsänderung verabschiedet, die Kommunisten untersagte, Funktionen in CIO-Gewerkschaften zu übernehmen und es ermöglichte, durch Zweidrittel-

³¹⁰ *Conv. Proc., 1948, p.233*

³¹¹ *Conv. Proc., 1948, p.233*

³¹² *Conv. Proc., 1948, p.231*

³¹³ *Conv. Proc., 1948, p.231*

Beschluß Einzelgewerkschaften aus dem CIO auszuschließen, die der "Communist line" folgten. 1950 wurden elf Einzelgewerkschaften mit dieser Begründung aus dem CIO ausgeschlossen. Es handelte sich dabei bis auf die *United Electrical Workers* größtenteils um kleine Gewerkschaften, die aber doch insgesamt etwa 20 Prozent der Mitglieder vertraten.³¹⁴ Dennoch weinte kaum jemand den Kommunisten und ihren Funktionären eine Träne nach. Auch wenn der hysterische Anti-Kommunismus (verkörpert damals besonders durch den republikanischen Senator Joseph McCarthy, aber auch den jungen Abgeordneten Richard M. Nixon) vielen Gewerkschaftern ein Dorn im Auge war, so war doch die kommunistische Linke inakzeptabel und unglaubwürdig geworden. Der linksorientierte Publizist C. Wright Mills bedauerte zwar in seinem 1948 erschienenen Buch die teils ruppigen Methoden beim Ausschluß pro-sowjetischer Gewerkschafter, hielt ihn aber dennoch für unausweichlich. Die Kommunisten untergruben seiner Ansicht nach die Fähigkeit der Gewerkschaften, einen festen und unumstrittenen Platz im gesellschaftlichen Leben der USA einzunehmen.³¹⁵

Die Einbindung des CIO in das *Containment* fand 1949 lediglich ihren förmlichen Abschluß. Auf der 1949er *Convention* wurde ein ganzer Katalog außenpolitischer Resolutionen verabschiedet, der sogar hinterher in Form einer Broschüre herausgegeben wurde.³¹⁶

In dieser Quelle sind viele Versatzstücke nicht nur des gewerkschaftlichen, sondern auch des liberalen politischen Internationalismus versammelt. Stärkung der UNO und Unterstützung des *European Recovery Program* stehen an der Spitze des Katalogs. Eine prominente Rolle spielen auch Wiederaufbau und Wiedereingliederung der neu entstandenen Bundesrepublik in die westliche

³¹⁴ Dulles, *Labor*, pp.355-356

³¹⁵ Mills, C. Wright: *The New Men of Power: American's Labor Leaders*. New York, Harcourt, Brace 1948, pp.194-199. S. auch Zieger, Robert H.: *The CIO, 1935-1955*. Chapel Hill & London, U. of North Carolina Pr., 1995, p.291

³¹⁶ *CIO Resolutions on Foreign Policy*. CIO 11th Constitutional Convention. Cleveland, Ohio, Oct.31-Nov.4, 1949. CIO Publications Department, Washington, D.C. o. J. (1949?)

Gemeinschaft. Statt einer strikten Kontrolle Westdeutschlands wurden "cooperative arrangements" gefordert, deren Ziel "integration of European economic life" sein soll. In diesem Zusammenhang wird auf die gemeinsame Kontrolle von Kohle- und Stahlproduktion verwiesen - damit steht der CIO zu diesem Zeitpunkt an der Spitze der Diskussion über die europäische politische Stabilisierung und wirtschaftliche Integration.³¹⁷

“In the absence of a system of world collective security” wird die neugegründete *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) als eine “necessary defense measure for Western Europe against Soviet threats of aggression” begrüßt.

Auch hier zeigte sich ein tiefer Graben zwischen Kommunisten und New Dealern im CIO. Der Kommunist Joseph Selly von den *Communication Workers* bezeichnete die NATO auf einer Sitzung der CIO-Führung im Mai 1949 als “the return to jungle law”. Wie die Reaktionen der anderen Mitglieder des *Executive Board* zeigten, war zu diesem Zeitpunkt das Verhältnis zu den Kommunisten völlig zerrüttet.³¹⁸ Auf der gleichen Sitzung wurde auch eine Resolution verabschiedet, die die CIO-Funktionäre auf eine Selbstverständlichkeit festlegte: Alle CIO-Mitglieder, so hieß es darin, seien verpflichtet, die mit demokratischer Mehrheit gefällten Entscheidungen der *CIO-Conventions* und auch des *Executive Boards* sowie die Satzung des CIO zu befolgen. Diese Resolution stieß auf starken Widerstand der Kommunisten, wurde aber dennoch mit Mehrheit verabschiedet. Die Debatte war leidenschaftlich und kathartisch. Phil Murray schleuderte dem Kommunisten Harry Bridges – dessen Verteidigung weniger als überzeugend war: er sei nie

³¹⁷ ibid., p.4 Das *Executive Board* nahm später in allen Einzelheiten Stellung zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und begrüßte die Montan-Union als zukunftsweisend für Europa: *Minutes of the CIO Executive Board 1950*, June 15, pp.113-128

³¹⁸ *Minutes of the CIO Executive Board 1950*, May 17-19, 1949, p.755, die ganze Diskussion über die NATO pp.747-768

auf bestimmte "Interpretationen" der CIO-Satzung eingeschworen worden, so Bridges - seinen gesamten Zorn entgegen:

"To me, the Communist Party stinks to high heaven, to me its practices are definitely treasonous and reprehensible, to me its agents are devils out of hell that will do anything to undermine a labor union or this country in the interest of the Soviets. Come hell or high water, they are committed to do it. The Communist Party comes first, it must come first to serve the interest of totalitarianism."³¹⁹

Die Resolution wurde mit 26 zu 6 Stimmen verabschiedet. Die Haltung zur Außenpolitik der Sowjetunion war für den rechten Flügel des CIO der Lackmus-Test für den politischen Standpunkt der Linken und Kommunisten. Wer seine Loyalität nach der Außenpolitik der Sowjetunion richtete, sollte keinen Platz mehr im CIO haben.³²⁰

Die Unterstützung Trumans' Außenpolitik durch die Sozialdemokraten im CIO war jedoch nicht blind: Kritisiert wurde nämlich die Unterstützung von Chiang Kai Chek durch die Truman-Administration: "The corrupt reactionary and anti-democratic character of the Chiang Nationalist Government made its rejection by the Chinese people inevitable."³²¹ Einen festen Platz hat auch die eigene CIO-Außenpolitik gefunden: Die Einzelgewerkschaften werden aufgefordert, sich an der Unterstützung demokratischer Gewerkschaften im Ausland zu beteiligen.³²² Im Großen und Ganzen erklärt der CIO hier - mit eigenen Ansprüchen und Schwerpunkten - seine prinzipielle Unterstützung der von der Truman-Administration getroffenen Entscheidungen. Dieses

³¹⁹ *Minutes of the CIO Executive Board 1949*, May 17-19, p.813, die ganze Debatte pp.769-829.

³²⁰ Den politischen Druck, der auf die Kommunisten ausgeübt wurde, beschreibt aus der Perspektive eines linken Funktionärs Saul Mills vom *Greater New York Industrial Union Council* anschaulich in einem Brief an seine Frau. Diese Quelle in: *Labor History*, Summer 1990, Vo. 31, No 3, pp.347-360. Der Bericht des *Executive Board Committees* über die Kommunisten im *Greater New York Industrial Union Council* in: *Minutes of the CIO Executive Board 1948*, Nov. 17, 20 and 27, pp. 153-297

³²¹ *CIO Resolutions on Foreign Policy*. CIO 11th Constitutional Convention. Cleveland, Ohio, Oct.31-Nov.4, 1949. CIO Publications Department, Washington, D.C. o. J. (1949?), p.5

³²² *ibid.*, p.7

Verhaltensmuster bleibt bis zum Vietnamkrieg für die amerikanischen Gewerkschaften, nicht nur für den CIO, bestimmend.

Zusammenfassung

Nach den Wahlen 1946 verstärkt sich der politische Druck auf die Gewerkschaften weiter und mündet in der Verabschiedung des *Taft-Hartley Act*. Das Gesetz beschnitt nicht nur die tarifpolitischen Handlungsmöglichkeiten des CIO, sondern auch seine Rolle im politischen Prozeß und traf hiermit einen Nerv der Strategie des CIO seit 1936. Die Zweifel, die CIO-Funktionäre gegenüber Truman hatten, wurden mit seinem Veto gegen *Taft-Hartley* beigelegt. Der rechte, sozialdemokratische Flügel verteidigte Truman-Doktrin und Marshall-Plan gegen die scharfen und polemischen Angriffe der Linken im CIO. Besonders der Marshall-Plan war aus Sicht der Sozialdemokraten ein hervorragendes politisches Instrument: Er förderte politische Stabilität in Westeuropa durch wirtschaftlichen Wiederaufbau (und damit die Sicherheit der USA) und war gleichzeitig ein staatliches Konjunkturprogramm, von dem auch und gerade die amerikanischen Arbeitnehmer profitieren würden. An diesem Punkt sind die Außenpolitik der Truman-Administration und gewerkschaftliche Interessen eng und offensichtlich verknüpft. Gleichzeitig gab es zwischen Sozialdemokraten im CIO und der Administration einen ideologischen Konsens über die Gefahr, die den liberalen Demokratien durch den Kommunismus drohte.

Die Ablehnung des Marshall-Plans durch die Linken im CIO sorgte zwar für Verstimmung zwischen den Flügeln, wurde aber zunächst gerade auf Betreiben der Rechten, die die institutionelle Integrität des CIO bewahren wollten, noch durch Formelkompromisse aufgefangen. Der Bruch wurde erst unausweichlich, als die linken und von Kommunisten gelenkten Gewerkschaften durch ihre Unterstützung für die Wallace-Kampagne die bis dahin erfolgreiche politische Strategie des CIO unterliefen und die Wahl des sowohl mehrheitsfähigen als auch gewerkschaftsfreundlichen Demokraten Truman gefährdeten. Der Bruch

ist also die Folge einer Auseinandersetzung über politische Strategie, nicht über Gewerkschaftspolitik im engeren Sinne; gegen *Taft-Hartley* polemisierten Linke wie Rechte gleichermaßen.

Im Gefolge dieser Auseinandersetzungen und eines wachsenden antikommunistischen Sentiments in der Öffentlichkeit verschärften sich die Machtkämpfe innerhalb der CIO-Gewerkschaften. Linke Führungseliten sahen sich mit einer aufbegehrenden Basis einerseits und mit einer sozialdemokratischen antikommunistischen Führungsschicht andererseits konfrontiert, die gezielt mit antikommunistischer Propaganda die linken Eliten angriff. Der Verlust der Glaubwürdigkeit der Linken durch ihre wiederholten außenpolitischen Kurswechsel im Einklang mit der Sowjetunion und die Unterordnung ihrer gesellschaftspolitischen Strategie unter die Interessen der Sowjetunion wurden ihnen immer wieder zum Vorwurf gemacht. Diese Vorwürfe zeigten Wirkung, als nicht nur die rechten Eliten, sondern auch die Gewerkschaftsbasis im Gefolge der Implementierung von Taft-Hartley und eines rapide erstarkenden Antikommunismus in der Öffentlichkeit sich vor die Wahl gestellt sahen, entweder massive tarifpolitische Nachteile in Kauf zu nehmen, oder die Bürgerrechte der Kommunisten zu verteidigen. Selbst linke, nicht-kommunistische Gewerkschaftsführer entschieden sich angesichts der Alternativen gegen das letztere. Die Auseinandersetzungen endeten 1950 mit dem Ausschluß der übriggebliebenen linken, von Kommunisten geleiteten Gewerkschaften aus dem CIO.³²³

323 Das Ergebnis eines solchen Ausschlußverfahrens einer CIO-Gewerkschaft ist dokumentiert unter: "American Communication Association", in: *Minutes of the CIO Executive Board 1950*, June 15, pp.4-9. Der Ausschluß wurde damit begründet, daß die die Politik und die Aktivitäten dieser Einzelgewerkschaft "are consistently directed toward the program and the purposes of the Communist Party rather than the policies and objectives set forth in the constitution of the CIO." p.5 Das Procedere des Ausschlußverfahrens und die Verfahren gegen die Kommunisten auch in: *Interview with Albert J. Hayes: The Reminiscences of Albert J. Hayes*. Transcript of interviews conducted for the Oral History Research Office of Columbia University from 1956-1957. (New York Times Oral History Program: Columbia University Collection, pt. 2,) p.89-95

Ende 1948 war der Machtkampf zugunsten der Sozialdemokraten im CIO entschieden. Sie trugen die Containment-Politik der Administration und setzten innerhalb dieser Politik eigene Schwerpunkte bzw. waren an ihrer Implementierung mitbeteiligt. Sie sahen ihre Chance nicht in Opposition zum bestehenden Parteiensystem, sondern im Ausbau ihres Einflusses in der Demokratischen Partei. Die Truman-Administration befürwortete und erleichterte die Mitwirkung der Gewerkschaften am Marshall-Plan und band sie so erfolgreich in den außenpolitischen Konsens des Kalten Krieges ein.